Mehr Gejammer als nötig

Die Euroschwäche ist für den Werkplatz Schweiz ärgerlich, aber nicht bedrohlich

Die Kurve des Eurowechselkurses zeigt seit Wochen steil nach unten. Das ist ungünstig für die Schweizer Wirtschaft. Doch die Unternehmer sind weit entfernt von Panikmache.

SABINA STURZENEGGER

Der Euro sinkt weiter. Bei Redaktionsschluss kostete er Fr. 1.32. Das freut diejenigen, bei denen am Wochenende beispielsweise ein City-Trip nach Berlin ansteht. Hotel, Shoppen, Ausgehen – alles wird billiger. Es freut aber auch diejenigen, die in Firmen in der Schweiz arbeiten und die harte Währung in ihrer Lohntüte über die Grenze nach Hause tragen können.

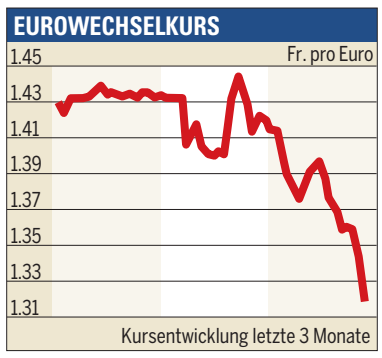
«Margenkiller» und «Gefahr»

Doch alle andern, insbesondere die Schweizer Firmen selber, freuts nicht. Die einheimische Wirtschaft ächzt unter dem tiefen Euro. Kein Tag vergeht, an dem nicht eine Warnmeldung die Runde macht. Der schwache Euro sei ein «Margenkiller», ja gar eine Gefahr für die Schweizer Wirtschaft und für die Arbeitsplätze in unserem Land. Das wird der Unternehmer und Präsident des Industrieverbandes Swissmem, Johann Schneider-Ammann, nicht müde zu sagen. Der Langenthaler sieht besonders dunkle Wolken am Himmel über dem Werkplatz Schweiz.

Doch wie schlimm ist die Eurokrise tatsächlich für unsere Wirtschaft? Wenn man bei den Unternehmen selber nachfragt, sieht das Bild gleich weniger düster aus. Oder zumindest vermag die steil nach unten zeigende Kurve des Eurokurses (Grafik) nirgends Panik auszulösen. Man ist sich zwar einig, dass der tiefe Euro hinderlich ist für die Entwicklung der Unternehmen und die Margen sinken lässt, doch von Produktionsverlagerungen ins billigere Euroland oder gar Arbeitsplatzabbau in der Schweiz will niemand etwas wissen.

Im Gegenteil: Die Unternehmer bleiben erstaunlich gelassen. Auf eine Untergrenze, was den Eurokurs angeht, mag sich niemand festlegen. Der schwache Euro bedeutet für viele Schweizer Hersteller, dass ihre Produkte qualitativ noch besser sein müssen, um die Kunden im Ausland trotz hohem Preis davon zu überzeugen.

Roland Gloor, CEO des Armaturenherstellers KWC in Unterkulm AG, sagt: «Der tiefe Eurokurs ist für uns nicht sehr bedrohlich.» Die KWC weise sogar einen ausgeglichenen Eurohaushalt auf, weil sie im EU-Raum Rohstoffe und Komponenten einkaufe. Vom günstigen Einkauf wiederum können die Industriefirmen profitieren.



Billige Rohstoffe und Maschinen

Ähnlich tönt es beim Pharmakonzern Mepha in Aesch BL. «Natürlich wird unser Umsatz durch die Euroschwäche beeinträchtigt», sagt Walter Saladin, CFO von Mepha Schweiz. Insbesondere ärgerlich seien die Schwankungen der Währung. Die Planung werde dadurch erschwert. Dafür sind Rohstoffe sowie Maschinen für den Pharmakonzern zurzeit besonders günstig, was Saladin als Ausgleich wertet. «Nicht zuletzt freuen sich die Grenzgänger unter unseren Mitarbeitenden über den tiefen Euro», fügt Saladin an.

«Euro macht kaum zu schaffen»

Ebenfalls viele deutsche Grenzgänger arbeiten beim Möbelhersteller de Sede in Klingnau. «Uns macht der tiefe Euro kaum zu schaffen, da wir auch unsere Materialien in Euro bezahlen», sagt CEO Alice Stümcke. Dass Arbeitsplätze in der Schweiz gefährdet sein könnten, ist für Stümcke kein Thema: «Wir haben uns noch keine Überlegungen gemacht, ob wir Produktionsstellen verlegen sollen», sagt die Chefin und Mitbesitzerin von de Sede. Die Möglichkeit hätte sie, denn de Sede produziert auch in Deutschland.

Auf Produktionsstandorte im Ausland kann der Langenthaler Teppichhersteller Ruckstuhl AG nicht zurückgreifen. «Die Verlagerung von Arbeitsplätzen kommt daher für uns nicht infrage», sagt Gian Voirol, Leiter Finanzen. Doch auch für ihn ist klar: Bei der Euroschwäche gelte es auszunützen, dass Rohstoffe billiger seien.

KASPAR VILLIGER Der UBS-Präsident zeichnet am Arbeitgebertag ein düsteres Bild für den Fall, dass Bankenregulierung verschärft wird. KEYS.

Bankenregulierung: Villiger spielt auf Zeit

UBS-Präsident warnt vor einem Vorpreschen der Schweiz, ansonsten drohten «unsorgfältige Blindflüge»

SVEN MILLISCHER

Auffallend intensiv tauschten sich gestern – am Rande des Arbeitergebertages in Bern – Bankierpräsident Patrick Odier und UBS-Präsident Kaspar Villiger aus. Was die beiden wohl eint, ist die Sorge um die Zukunft des hiesigen Finanzplatzes. Denn allen voran die Schweizerische Nationalbank (SNB) stellt das integrierte Geschäftsmodell der beiden Grossbanken infrage und will diese redimensionieren.

Die SNB drängt auf eine rasche Lösung des «Too big to fail»-Problems, denn dieses Klumpenrisiko macht die Schweizer Volkswirtschaft extrem verwundbar für Verwerfungen an den Finanzmärkten. Man könne deshalb nicht zuwarten, bis die internationale Regulierung unter Dach und Fach sei.

Helvetischer Perfektionismus

Solcher Reformeifer ist dem UBS-Präsidenten ein Dorn im Auge. Kaspar Villiger wurde bei seinem gestrigen Referat denn auch nicht müde zu betonen, dass in der Schweiz Zeitdruck aufgebaut werde, der nicht zu verantworten sei: «Derart folgenschwere Entscheide dürften erst gefällt werden, wenn das globale regulatorische Umfeld beurteilt werden kann.» Der Alt-Bundesrat warnte gleichzeitig vor «helvetischem Perfektionismus», der zu Regulierungen führe, welche unser Land weltweit isolieren könnten: «In der emotional aufgeheizten Atmosphäre der Finanzkrise drohen wirtschaftspolitische Eigentore.» Diese würden die Grossen weniger treffen, sie könnten Arbeitsplätze verlagern, als vielmehr das wenig mobile Volk und heimische Gewerbe. Damit wiederholte Villiger – wenngleich etwas diplomatischer – die Drohgebärden seines CEO Oswald Grübel, wonach eine Verkleinerung der Grossbanken Tausende Arbeitsplätze gefährde und das Wirtschaftswachstum beeinträchtige. Der UBS-Präsident stellte indes klar: «Man kann auch bei den Grossbanken den Pelz nicht waschen, ohne dass er nass wird.» Restriktionen hätten ihren Preis: «Viel mehr Eigenkapital wird das Kreditvolumen reduzieren und die Bankdienstleistungen verteuern.» Und um dieses knappe Kapital würden sich gleichzeitig «unterkapitalisierte Banken, überschuldete Staaten und sich erholende Unternehmen» bewerben.

Villiger betonte denn auch, dass die Schweiz im internationalen Vergleich strikte Kapital-, Verschuldungs- und Liquiditätsvorschriften erlassen habe, beispielsweise mit dem Eigenkapitalzuschlag für Grossbanken. Und wohl an die Adresse der SNB gerichtet, fügte der Alt-Bundesrat an: «Wir sind auch bereit, diese Kapitalgrenze nochmals zu diskutieren.»

Gisler

MARKUS GISLER

Ohne Sanierung geht es nicht

SPAREN ODER NICHT sparen, das ist hier die Frage. Leider fällt die Antwort nicht leicht. Denn wenn gespart würde, wie das die G-20 mit politischem Schönreden getan haben, droht unweigerlich die nächste heftige Rezession. Denn gespart werden würde an Löhnen, an Projekten und Subventionen, die letztlich alle nur eines tun: Menschen Arbeit bescheren. Also stiege die Arbeitslosigkeit und sänke der Konsum und damit die Nachfrage. Unternehmen gerieten in Schwierigkeiten, Steuereinnahmen blieben aus, was es noch schwieriger machen würde, die Staatsfinanzen ins Lot zu bringen.

AUF DER ANDERN SEITE die gewaltigen Defizite nicht zu bekämpfen, hiesse die Schuldenberge weiter aufzutürmen. Damit nähme das Vertrauen der Märkte in die Solidität der Staatsfinanzen weiter ab. Die grossen Institutionellen, die Pensionskassen, die Finanzabteilungen grosser Konzerne würden aufhören, Staatsobligationen zu kaufen. Das würde die Notenbanken, also insbesondere die Europäische Zentralbank, die Bank of England und das amerikanische Fed, zwingen, Staatspapiere zu kaufen, was gleichbedeutend ist mit dem Drucken von Geld, für das es keinen Gegenwert gibt. Für die Politiker eine miserable Situation. Sie können tun und lassen, was sie wollen, es kommt falsch heraus. Also wählen sie das letzte zur Verfügung stehende Mittel: Sie beschwichtigen, machen gute Miene zum absehbaren Desaster und versuchen, das Problem auf morgen zu vertagen.

ALLEIN, DER ABGRUND naht. Der Euro sinkt und sinkt. Was wir schon vor zwei Wochen gesagt haben, wird immer unausweichlicher: Die griechischen Schulden (und danach vermutlich auch die spanischen) müssen saniert werden. Das heisst, Gläubiger müssen auf einen erheblichen Teil ihrer Schulden verzichten, vermutlich auf die Hälfte. Treffen würde es hauptsächlich deutsche und französische Banken. Doch eine Sanierung ist die Voraussetzung dafür, dass das Vertrauen in den Euro wieder zurückkehrt. Medizinisch betrachtet gehört die Beule aufgestochen.

EINE SANIERUNG mit dem Skalpell ist allemal die fairere Lösung, denn sie trifft jene, die Geld haben. Schliesslich haben die Investoren auch ein Risiko genommen, denn auch bei einem Staat kann man nicht davon ausgehen, dass er ein risikoloser Schuldner ist. Das ist keine neue Erkenntnis aus der Zeit nach der Finanzkrise, das steht in jedem Schulbuch. Freilich ist eine Schuldensanierung kein schmerzfreies Unterfangen. Banken werden die Eigenständigkeit verlieren, Arbeitsplätze gingen verloren. Doch im Szenario «Weiterwursteln» träfe es die ganze Bevölkerung, alle Steuerzahler, Unschuldige verlören ihren Job.

Actares will Ospel vor Gericht sehen

Frühere UBS-Führung droht Klage von Aktionärsgruppe

Diesmal ist es die Aktionärsgruppe Actares, welche die früheren Top-Manager der Grossbank vor Gericht sehen will. Wegen der «Untätigkeit des UBS-Verwaltungsrates und dem Versanden des politischen Aufarbeitungsprozesses» unternehme man nun den Versuch, gegen Marcel Ospel & Co. selbst eine Klage einzureichen, teilte die Aktionärsvertreterin gestern mit. Zunächst solle aber noch einmal das Gespräch mit dem VR gesucht werden.

Zur Seite hat Actares den Brüsseler Investorendienstleister Deminor. Das Unternehmen habe schon Aktionäre in Verfahren gegen die Banken Lehman Brothers, Natixis oder Fortis sowie den US-Milliardenbetrüger Bernard Madoff und den Nahrungsmittelmulti Parmalat vertreten, heisst es bei Actares. Die UBS gab gestern keinen Kommentar ab. (SDA)